

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Planungsangelegenheiten am 09.04.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 20:05 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	bis 19:30 Uhr
Herr Thomas Felke	SPD	ab 17:35 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Frau Claudia Cappeller	SKE	
Herr Dr. Henrik Helbig	SKE	
Herr Ingo Kautz	SKE	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Christian Glöse	SKE
Frau Undine Klein	SKE
Herr Rainer Köhne	SKE
Herr Dieter Schika	SKE
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.2013 und 12.03.2013 und 19.02.2013
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10759
    - 4.1.1. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) (V/2012/10759)  
Vorlage: V/2012/11296
    - 4.1.2. Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE.) zum Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2012/10759  
Vorlage: V/2013/11648
  - 4.2. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)  
Vorlage: V/2013/11394
  - 4.3. ISEK Halle 2025 - Organisations- und Verfahrensvorschlag  
Vorlage: V/2013/11428
  - 4.4. Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss  
Vorlage: V/2012/11219
    - 4.4.1. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss (Vorlage-Nr. V/2012/11219)  
Vorlage: V/2013/11657
    - 4.4.2. Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor – Gestaltungsbeschluss (Vorlagen-Nr.: V/2012/11219)  
Vorlage: V/2013/11665
  - 4.5. Baubeschluss zum Neubau eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges zwischen Halle-Osendorf und Stadtgrenze in Richtung Döllnitz  
Vorlage: V/2012/11318
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz  
Vorlage: V/2013/11352
  - 5.2. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung  
Vorlage: V/2013/11368
  - 5.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt  
Vorlage: V/2013/11461
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
  - 7.1. aktuelle mündliche Informationen
  - 7.2. Quartalsbericht Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG  
Vorlage: V/2013/11510
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  - 8.1. Anfrage von Herrn Kley zu Brückenbauwerken
  - 8.2. Anfrage von Herrn Feigl zum Quartalsbericht
  - 8.3. Anfrage von Herrn Sprung zur Durchfahrtsbeschränkung - Regensburgerstr.
  - 8.4. Anfrage von Herrn Felke zu Werbeträgern
  - 8.5. Anfrage von Herrn Dieringer zum Stadion-Sportdreieck
  - 8.6. Anfrage von Frau Capeller zum Pauluspark
9. Anregungen

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Sänger** eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Hinweis; Top 4.3 ist eine Informationsvorlage

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.2013 und 12.03.2013 und 19.02.2013**

---

Die Genehmigung der Niederschrift vom 12.03.2013 wird vertagt. Die Niederschriften vom 12.02.2013 und vom 19.02.2013 werden abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**zu 4 Beschlussvorlagen**

---

**zu 4.1 Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10759**

---

Top 4.1, 4.1.1 und 4.1.2 wurden gemeinsam behandelt.

**Herr Stäglin** erläuterte die Änderungen, die sich nach der Anhörung der Kleingartenvereine ergeben haben.

**Herr Dr. Köck** erläuterte den vor der Sitzung eingebrachten Änderungsantrag, die Kleingartenkonzeption nur als Arbeitsgrundlage zur Kenntnis zu nehmen und nicht zu beschließen.

**Herr Krause** fragte, ob es von Beginn an eine Haushaltsstelle für die Kleingartenkonzeption für den Haushalt 2014 gibt.

**Herr Kley** fragte, ob der Beschlusstext noch mal eindeutig verlesen werden kann.

**Herr Sänger** verwies auf den Beschlusstext der verschickten Vorlage.

**Herr Pohl** erläuterte noch mal, dass sich der Beschlussvorschlag nicht geändert hat. Es wurden nur die Änderungen, die sich nach der Anhörung ergeben haben, in die Konzeption eingearbeitet.

**Herr Dr. Helbig** sprach die Lärmbelästigungen der Kleingärtner an und verwies auf das Verursacherprinzip. Die Schaffung von Parkplätzen auf den Flächen von leerstehenden Parzellen hält er für ökologisch fragwürdig.

**Herr Dieringer** fragte **Herrn Dr. Köck**, warum die Kleingartenkonzeption nur zur Kenntnis genommen werden soll.

**Herr Dr. Köck** antwortete, dass hier noch viele Dinge offen sind. Daher soll die Kleingartenkonzeption als Grundlage dienen, um später zu sehen, wie sich die Änderungen auf den FNP auswirken.

**Herr Stäglin** warb für den Beschluss im Stadtrat; die Förderrichtlinien sind aus dem Konzept abzuleiten. Auf der Ebene des FNP können nicht für alle Sparten einzelne Konzepte erarbeitet werden.

**Herr Feigl** beantragte, die Punkte des Änderungsantrages einzeln abzustimmen.

**Frau Capeller** begrüßte die Kleingartenkonzeption und würde es gut finden, wenn hier einzelne Entwicklungsplanungen für einzelne Kleingartenanlagen vorgestellt werden.

**Herr Stäglin** antwortete, einzelne Anlagen zu untersuchen ist hier nicht das Ziel. Auf der Basis der Konzeption soll eine Förderrichtlinie erarbeitet werden. Die Richtlinie wird wieder im Ausschuss vorgestellt.

**Herr Golnik** verwies auf den Inhalt der Kleingartenkonzeption, in der steht, dass für Anlagen mit hohem Leerstand Umnutzungs- und Rückbaupläne erarbeitet werden. Das soll für konkrete Anlagen gemeinsam mit der Stadt, dem Stadtverband und den Vereinen erfolgen. Dies kann aber nur auf der Basis einer beschlossenen Konzeption erfolgen, da sonst die Grundlage fehlt.

**Herr Dr. Köck** zog die Punkte 1 und 3 von seinem Änderungsantrag zurück. Punkt 2 soll zur Abstimmung kommen.

**Herr Sänger** stellte die Änderungsanträge und die Vorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

7 – Ja-Stimmen  
0 – Nein-Stimmen  
1 - Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Kleingartenkonzeption als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.
2. Die Kleingartenkonzeption soll nach 5 Jahren fortgeschrieben werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2014, eine Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in Umsetzung der Kleingartenkonzeption einzurichten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ in der Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss  
Kleingartenkonzeption Halle (Saale) (V/2012/10759)  
Vorlage: V/2012/11296**

---

Diskussion siehe Top 4.1.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

1 – Ja-Stimme  
7 – Nein-Stimmen  
0 - Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Die Beschlusspunkte 3 und 4 werden gestrichen:

1. Der Stadtrat beschließt die Kleingartenkonzeption als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.
2. Die Kleingartenkonzeption soll nach 5 Jahren fortgeschrieben werden.
- ~~3. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2014, eine Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in Umsetzung der Kleingartenkonzeption einzurichten.~~
- ~~4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ in der Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen.~~

**zu 4.1.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE.) zum Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2012/10759  
Vorlage: V/2013/11648**

---

Diskussion siehe Top 4.1.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

3 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag lautet neu:

Die Verwaltung wird beauftragt, ausgehend von dieser Konzeption im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes für jeden Gartenverein einen Entwicklungsvorschlag zu erarbeiten.

**zu 4.2 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)  
Vorlage: V/2013/11394**

---

**Herr Krause** sagte, dass in dem Nahverkehrsplan diese Punkte, die so beschlossen wurden, jetzt wieder zurückgenommen werden sollen. In Erwartung einer gesetzlichen Regelung schon im Vorausgehorsam zu handeln, ist eine Unart.

**Herr Stäglin** entgegnete, dass hier ein Vorschlag von Herrn Felke mit dem Bezug auf das Vergabegesetz übernommen wurde. Es ist eine Rechtswidrigkeit, sich auf einen speziellen Tarifvertrag festzulegen.

**Herr Felke** bestätigte, dass für den Straßengebundenen ÖPNV (ÖSPV) 2 Tarifverträge genannt wurden. Für den Schienengebundenen ÖPNV (SPNV) sind es einige mehr (10 laut Drucksache 6/1811 vom Landtag Sachsen-Anhalt.). Dadurch kann man hier nicht anders verfahren.

**Herr Roesler** sagte, dass die Verordnung über die Anzahl und die Vertragspartner, welche einen repräsentativen Tarifvertrag in Sachsen-Anhalt abschließen können, noch nicht erlassen wurde. Behält man die Festlegungen im beschlossenen Nahverkehrsplan bei, dann muss mit mindestens 850.000 € Mehrkosten bei der HAVAG gerechnet werden. Diese finanziellen Mehraufwendungen beruhen auf dem neuen TV-N-LSA, der am 28.03.2013 seine Wirkung entfaltet hat.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

6 – Ja-Stimmen  
2 – Nein-Stimmen  
1 - Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (einschließlich aller angenommenen Änderungsanträge) wird wie folgt geändert:

Rückführung der Festsetzungen 6.4 und 6.6 in die Fassung der Beschlussvorlage am 12.12.12 (s. u., Änderungen kursiv)

**F 6.4** Die Verkehrsunternehmen (Konzessionäre) haben, auch beim Einsatz von Subunternehmern, die folgenden Anforderungen zu gewährleisten:  
[...]

4. Für die zur Erbringung der Linienverkehrsleistungen eingesetzten Beschäftigten ist *mindestens ein jeweils gültiger Tariflohn des Verkehrsgewerbes gemäß § 10 (2) Vergabegesetz LSA* zu zahlen.

Erläuterung: Zur Wahrung einheitlicher Qualitätsstandards sind, ungeachtet der Verantwortung des Betreibers des Linienverkehrs, an die Verkehrsunternehmen hohe Maßstäbe bezüglich Verkehrssicherheit und Verbraucherschutz zu setzen. Mangels eindeutiger rechtlicher Normen für Subunternehmen im Linienverkehr sind im Nahverkehrsplan ergänzende Regelungen zu verankern, die diesen Anspruch gewährleisten.

**F 6.6** Bei einem Wechsel des Anbieters von Linienverkehrsleistungen ist das neu eintretende Verkehrsunternehmen zu verpflichten, die für die zu erbringende Verkehrsleistung erforderlichen Mitarbeiter des bisherigen Verkehrsunternehmens zu den *bis dato gewährten Arbeitsbedingungen gemäß § 11 Vergabegesetz LSA* zu übernehmen, *soweit sie das bisherige Verkehrsunternehmen freisetzen würde.*

Erläuterung: Die Stadt Halle (Saale) kommt damit ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern im ÖPNV, welche überwiegend auch Bürger der Stadt Halle (Saale) sind, nach.

**zu 4.3 ISEK Halle 2025 - Organisations- und Verfahrensvorschlag  
Vorlage: V/2013/11428**

---

**Herr Kummer** erläuterte anhand einer Präsentation kurz die Organisationsstrukturen und Verfahrensschritte sowie die wichtigsten Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung des ISEK Halle 2025, die Inhalt der Informationsvorlage sind.

**Herr Stäglin** ergänzte, dass in dem ISEK-Prozess die gesamte Stadt betrachtet wird und dazu das Stadtgebiet in 7 Teilräume gegliedert wurde. Für die in diesen Teilräumen liegenden Stadtteile und Stadtviertel werden analytische und konzeptionelle Aussagen getroffen.

**Herr Loebner** informierte, dass die Eröffnungsveranstaltung für die Bürgerbeteiligung zum ISEK mit dem OB am 20.06.2013, 18:00 Uhr, stattfindet. Dort werden u. a. die Ergebnisse der bis dahin vorliegenden Analysen vorgestellt.

**Herr Feigl** bat um eine Information, wie die Rückkopplung zwischen Stadtrat und Verwaltung in dem ISEK-Prozess konkret aussehen soll.

**Herr Feigl** und **Herr Sommer** regten an, die Themen Denkmalschutz und Baukultur explizit im Stadtentwicklungskonzept zu berücksichtigen. **Herr Feigl** ergänzte, dass die Abteilung Denkmalschutz des FB Bauen in der städtischen Arbeitsgruppe vertreten sein sollte. Die Besetzung des Beirates sei zu überdenken und zumindest um Vertreter von Verbänden des Denkmalschutzes zu ergänzen.

**Herr Dr. Köck** bedankte sich dafür, dass die Anregungen der Fraktion DIE LINKE zur Beteiligung berücksichtigt wurden.

**Herr Dr. Köck** und **Herr Felke** regten an, es den Fraktionen zu überlassen, zu bestimmen, wer in dem Beirat mitwirkt. Dies könnten auch Externe sein. **Herr Stäglin** bat die Fraktionen darum, jemanden zu entsenden, der dauerhaft im Beirat mitarbeitet.

**Herr Kley** wollte wissen, ob die Finanzierung des ISEK gesichert sei und bat um die Benennung der Haushaltsstelle bzw. fragte, ob Verpflichtungsermächtigungen vorliegen.

**Herr Stäglin** und **Herr Loebner** antworteten, dass im Haushalt 2013 die entsprechende Haushaltsstelle im Fachbereich Planen unter dem Produkt räumliche Planungen angesiedelt ist.

Die Freigaben für 2013 sind erteilt worden. Die Stadt ist bereits mit dem Land zu weiteren Fördermitteln im Gespräch.

**Herr Dr. Köck** regte an, bei der teilräumlichen Betrachtung für die Saaleaue eventuell eine andere Lösung zu suchen, da diese jetzt noch dem Teilraum Innenstadt Nord zugeordnet ist. Alternativ könnte die Aue für sich betrachtet oder teilweise auch Neustadt zugeordnet werden.

**Herr Dieringer** sah bezüglich der Zusammensetzung des Beirates ein Ungleichgewicht zwischen den seiner Meinung nach unterrepräsentierten Vertretern der Wirtschaft gegenüber den Vertretern der Kultur.

**Herr Felke** fragte, wie die Zusammenarbeit mit dem gut funktionierenden Netzwerk Stadtentwicklung der Wohnungs- und Versorgungsunternehmen erfolgen soll.

**Herr Stäglin** verwies auf die Vorlage, in der steht, dass die im Stadtbau bewährten Strukturen wie Netzwerk und Arbeitsgruppen der Stadtbaugebiete weitergeführt werden sollen. Mitglieder des Netzwerkes sind auch im Beirat vertreten.

**Frau Capeller** vermisste den Blick von außen auf Halle, die Beteiligung von Nichthallensern in der Diskussion und auch von Fachleuten.

**Herr Sommer** bat darum, dass die Bürgerbeteiligungen stärker in Form von Workshops organisiert werden sollten. **Herr Sommer** fragte, was sich hinter den 5000 € für Kreative und Studierende verbirgt. **Herr Loebner** antwortete, dass diese für eine zielgruppenspezifische Beteiligung ausgegeben werden sollen, um damit diejenigen zu erreichen, die erfahrungsgemäß weniger an Bürgerversammlungen teilnehmen.

**Abstimmungsergebnis:** Kenntnis genommen

Der Organisations- und Verfahrensvorschlag zur Erarbeitung des ISEK Halle 2025 wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 4.4      Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss Vorlage: V/2012/11219**

---

**Frau Trettin** und **Herr Otto** führten in die Thematik ein.

**Herr Sprung** hielt den Eingriff in den Platz zu groß, wie der Eingriff auf die vorhandenen Bäume. Warum wird hier so intensiv vorgegangen? Die Ausbuchtung der Straßenbahnführung vor der Häuserzeile des Steintorvarietés ist zu ausschweifend. Die Auswirkung auf die Läden wird verheerend sein.

**Herr Sprung** stellte den Änderungsantrag, den Kiosk und die Bäume zu erhalten.



**Herr Stäglin** äußerte sich positiv über den Antrag, den Kiosk zu erhalten. Die Variante wurde in der Planung so verändert, dass der Kiosk stehen bleiben kann. Die Entscheidung, den Platz so zu gliedern, hing von der Maßgabe der Fördermittelgeber ab, im Zuge des Stadtbahnprogrammes den Platz zügig zu durchfahren.

**Herr Otto** erläuterte anhand der Präsentation eine Variante, in der abgewogen wurde, die Haltestelle der Linie 12 in der Magdeburger Straße an den Platz heranzuziehen. Dies war nicht möglich.

**Herr Kley** sagte, dass es Dank der intensiven Diskussionen nun eine optimale Lösung in der heute vorgestellten Variante gibt. Die Freifläche vor dem Steintor erhöht die Qualität erheblich. Welche Mehrkosten entstehen in der Bauphase wegen dem Kiosk? Wie sind die Eigentumsverhältnisse in der neuen Ludwig-Wucherer-Straße, wo für den Neubau des Parkhauses Häuser abgerissen werden müssen?

**Herr Feigl** zeigte die Größe der Baulücke, die entsteht, wenn die Häuser für das Parkhaus abgerissen werden. Die Lücke in eine bestehende Gebäudestruktur zu reißen, ist unhaltbar. Der Lärm würde nach dem Abriss direkt auf das Wohngebiet treffen. Wie konkret ist die Planung zum Parkhaus von der Uni? Gibt es städtische städtebauliche Entwürfe oder in welchem Zeitraum ist damit zu rechnen? **Herr Feigl** regte an, darüber nochmals nachzudenken.

**Herr Felke sagte**, dass die Bürgerbeteiligung positiv gewesen ist. Die aufgeworfenen Fragen wurden in der Grüngestaltung aufgegriffen. Hier erfolgte eine neue Qualität der Bürgerbeteiligung. Der Kiosk soll erhalten werden. Für die Passage zum GSZ fallen laufende Kosten an, wie werden die Kosten in das Projekt integriert? Die Fertigstellung geschieht in unterschiedlichen Geschwindigkeiten, funktioniert das so?

**Herr Sängler** fragte, ob Herr Felke einen Antrag zum Erhalt des Kiosks stellt.

**Herr Felke** bejahte dies.

**Herr Stäglin** erklärte, dass beim Erhalt des Kiosks und auch bei Abriss Kosten entstehen. Bezogen auf die unterschiedlichen Geschwindigkeiten: es wird mit der Uni und dem Universitätsklinikum zusammengearbeitet, um die Verknüpfung der einzelnen Projekte zu realisieren. Die Planung, die heute vorliegt, funktioniert auch ohne den Abriss des Kühn-Hauses und ohne den Bau eines Parkhauses. Die von **Herrn Feigl** aufgezeigte Häuserlücke ist viel kleiner. Die Uni prüft, wie mit dem Grundstück Kühn-Haus weiter verfahren wird. Die Passage ist ein privates Bauvorhaben. Das Land begrüßt den Ansatz der Verknüpfung von Universitätsstandort mit dem Steintorplatz über die Passage. Beide Maßnahmen sollen parallel laufen.

**Herr Otto** erläuterte, anhand der Präsentation warum die Vorzugsvariante die bessere Lösung darstellt.

**Herr Loebner** wies darauf hin, dass die vorgeschlagene Lösung die stadträumliche Qualität der auf das ehemalige Arbeitsamt zulaufenden Ludwig-Wucherer-Straße erhält und den funktionalen Mangel aus der Gründerzeit durch den neuen Straßenverlauf ausgleicht.

**Herr Feigl** sagte, wenn man die verkehrliche Situation separat betrachtet, ist es die beste Lösung, dennoch sollte die verkehrliche Situation nicht getrennt von der bebauten Umgebung gesehen werden. Hier wird erheblich in die Struktur eingegriffen, was zu Lärmproblemen führt. Die Variante K 3 sollte weiterverfolgt werden, da sie städtebaulich mehr Vorteile bringt.

**Herr Sommer** schloss sich der Aussage von **Herrn Feigl** an. Die neue Ludwig-Wucherer-Straße bringt für die Anwohner des Paulusviertel unzumutbare Verhältnisse. Die

Verkehrsbelastung und die Lärmbelastung sind deutlich zu hoch. Die Auswirkungen würden bis zur Lessingstraße reichen. Diese Lösung sollte noch mal geprüft werden.

**Herr Sprung** sagte, dass der Bogen der Straßenbahn zu groß ist. Das ist ein zu großer Eingriff in die Platzgestaltung und die Bäume. Die Auswölbung der Schienen vor dem Steintor sollte verkleinert werden.

**Herr Dr. Köck** sah zwei Probleme. Zum einem das Gleisdreieck und zum anderen die neue Ludwig-Wucherer-Straße. Er begrüßte den neuen Vorplatz vor dem Steintor-Varieté. **Herr Dr. Köck** fragte, ob untersucht worden ist, den Gleiskörper auf die andere Seite an das ehemaligen Arbeitsamtes zu verlegen?

**Herr Stäglin** entgegnete, dass hier nicht über das Paulusviertel geredet wird, sondern nur über das Parkhaus. Die Erschließung hat sich hier aus der Situation ergeben, das Parkhaus in der Ludwig-Wucherer-Straße anzubinden. Um unnötige Umwege zu vermeiden, entschloss man sich für eine rückwärtige Erschließung.

**Herr Otto** erläuterte die Details zu den Varianten.

**Frau Trettin** sagte, dass die Verschiebung der Gleise nicht anders möglich ist. Der Bahnsteig könnte in der jetzigen Gleislage nicht barrierefrei zwischen Gleisdreieck und Krausenstraße gebaut werden, dazu werden 45 m gerade Gleise zuzüglich Übergangsbereiche benötigt. Es gibt Auflagen für einen Radweg, der parallel angebunden wird, dadurch ergibt sich ein fest definierter Platzbedarf.

**Herr Felke** warnte davor, hier eine Grundsatzdiskussion zu führen; die Variante ist eine optimale Lösung. Das Stadtbahnprogramm ist eine große Chance für die kommenden Jahre.

**Herr Dieringer** fragte, ob für die Ampeln eine gesetzliche Verpflichtung besteht.

**Herr Otto** antwortete, dass die Lösung als Kreisverkehr nach deutschlandweitem Regelwerk nicht leistungsfähig ist. Hier gilt der Schutz des Schwächsten.

**Frau Capeller** sagte, dass die Planung gut ist. Kann das Parken an der Ecke Ludwig-Wucherer-Straße nicht offen gelassen werden?

**Herr Feigl** fragte, ob man die Vorlage trennen und über zwei Sachen getrennt befinden kann. **Herr Feigl** stellte einen Antrag, die Verkehrslösung mit der neuen Ludwig-Wucherer-Straße zu verwerfen und die Varianten K 3 oder K 4 weiterzuführen, um eine neue Vorlage zu erarbeiten.

**Herr Sänger** stellte die Änderungsanträge und die Vorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

6 - Ja-Stimmen  
1 - Nein-Stimmen  
2 - Enthaltungen

#### **geänderter Beschlussvorschlag:**

Die Vorzugsvariante (Anlage 2) der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien (Gestaltungsplan siehe Anlage 4 und Regeldetails siehe Anlage 5) zum Ausbau des Verkehrsknotens Am Steintor wird bestätigt. Sie steht unter Vorbehalt der Bereitstellung der beantragten Fördermittel. **Der Erhalt des Pavillons ist in der weiteren Planung zu berücksichtigen.**

**zu 4.4.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss (Vorlage-Nr. V/2012/11219)  
Vorlage: V/2013/11657**

---

Diskussion siehe Top 4.4.

**Abstimmungsergebnis:**                    mehrheitlich zugestimmt

8 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
0 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

An den Beschlusstext der Vorlage wird angefügt:

**Der Erhalt des Pavillons ist in der weiteren Planung zu berücksichtigen.**

**zu 4.4.2    Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
zur Beschlussvorlage Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor  
– Gestaltungsbeschluss (Vorlagen-Nr.: V/2012/11219)  
Vorlage: V/2013/11665**

---

Diskussion siehe Top 4.4.

**Abstimmungsergebnis:**                    mehrheitlich abgelehnt

2 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlusstext erhält folgende neue Fassung:

„Die Vorzugsvariante (Anlage 2) der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien (Gestaltungsplan siehe Anlage 4 und Regeldetails siehe Anlage 5) zum Ausbau des Verkehrsknotens Am Steintor wird **hinsichtlich des Teilbereichs Platz Am Steintor bis zur Kreuzung der Ludwig-Wucherer-Straße** bestätigt. **Bezüglich des Teilbereiches Kreuzung Ludwig-Wucherer-Straße / Berliner Straße werden die untersuchten Varianten K3 und K4 der weiteren Planung zugrunde gelegt. Die Vorzugsvariante** steht unter Vorbehalt der Bereitstellung der beantragten Fördermittel.“

**zu 4.5        Baubeschluss zum Neubau eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges  
zwischen Halle-Osendorf und Stadtgrenze in Richtung Döllnitz  
Vorlage: V/2012/11318**

---

**Herr Wagner** führte in die Vorlage ein.

**Herr Kley fragte**, ob die Skater berücksichtigt wurden und ob eine Beschilderung in Richtung Stadtausgang erfolgt.

**Herr Wagner** antwortete, dass die Oberfläche in Asphalt hergestellt wird (Skater) und die Beschilderung schon existiert.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

9 – Ja-Stimmen  
0 – Nein-Stimmen  
0 - Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, den Neubau eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges zwischen Halle-Osendorf und Stadtgrenze in Richtung Döllnitz einschließlich Bau der Brücke über die Reide unter Vorbehalt der Bereitstellung der Fördermittel durchzuführen.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz  
Vorlage: V/2013/11352**

---

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Verbesserung der Verkehrssituation für den Kfz-Verkehr am Franckeplatz zu erreichen. Dazu soll die Verwaltung die HAVAG anweisen, eine Entzerrung des Straßenbahnverkehrs durch Optimierung ihrer Streckenführung zu untersuchen. Dabei ist auch eine mögliche Entlastung des Franckeplatzes durch eine Ergänzung des bestehenden Straßenbahnnetzes durch eine Trasse vom Hallmarkt über den Knoten 46 bis zum Böllberger Weg zu untersuchen. Das Ergebnis dieser Untersuchung soll dem Stadtrat bis zur Julisitzung diesen Jahres vorgelegt werden.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung  
Vorlage: V/2013/11368**

---

**Frau Wolf** erläuterte den Antrag.

**Frau Fritsche** erläuterte, dass viele Planungsbereiche in der Sozialplanung vertreten sind, z. B. im ISEK.

**Herr Kley** fragte, ob es die strategische Sozialplanung schon gibt?

**Frau Fritsche** antwortete, dass strategische Sozialplanung schon erfolgt. Jetzt geht es um die Darstellung. In einem Monat soll alles gesammelt werden, was aufgelistet werden soll. Dann soll ein Entwurf vorgelegt werden, der dann weiter entwickelt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

4 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
3 Enthaltungen

### geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine Konzeption zur strategischen Sozialplanung dem Stadtrat zur Beschlussfassung bis zur Aufstellung des doppelten Haushalts 2014 vorzulegen. Die Konzeption soll die ganzheitliche Betrachtung sozialstruktureller Belange umfassen und neben der Evaluation der Bestandsdaten einen Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen enthalten sowie die Zielperspektive darstellen.
2. Die Erstellung der Konzeption soll unter Mitwirkung aller Dezernate, Vertretern des Stadtrates, Vereine und Verbände sowie der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Halle (Saale) erfolgen.
3. Ziele und Handlungsempfehlungen werden regelmäßig fortgeschrieben.
4. **Die Ziele und Handlungsempfehlungen werden als Grundlage für eine bedarfsorientierte Vergabe von Fördermitteln für Träger und Projekte der sozialen Arbeit herangezogen.**

### **zu 5.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt Vorlage: V/2013/11461**

---

**Herr Felke** fragte, bis wann die Recherche vorgelegt werden kann.

**Herr Loebner** antwortete, dass dies bis Ende dieses Jahres erfolgen kann. Die Bürger sollen mit einbezogen werden.

**Herr Kley** sagte, dass laut Antrag ein geeignetes Verfahren gefunden werden soll.

**Herr Sänger** fragte, ob Herr Felke mit der Antwort der Verwaltung einverstanden ist.

**Herr Felke** bejahte dies. Der Antrag wird nicht zurückgezogen. Es wird bis Ende des Jahres abgewartet.

**Abstimmungsergebnis:** beraten

### geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein geeignetes Verfahren zur Namensfindung für jenes Stadtviertel nördlich der Altstadt zu finden, welches von den Straßen Geiststraße, Universitätsring, Joliot-Curie-Platz, Große Steinstraße, Steintor, Ludwig-Wucherer-Straße, Reileck und Bernburger Straße begrenzt wird. Dabei soll gegebenenfalls auf die Erfahrungen bei der Namensfindung für das Medizinerviertel zurückgegriffen werden. **Nach ausführlicher Recherche der Stadtverwaltung erfolgt ein Vorschlag der Verwaltung nach der Sommerpause 2013.**

### **zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es gab keine Anfragen.

### **zu 7 Mitteilungen**

---

## zu 7.1 **aktuelle mündliche Informationen**

---

- **Herr Mettin** stellte die Planungen zum Wohnpark Paulusviertel vor (die Präsentation wird an die Fraktionen per Mail verteilt)
- **Frau Ruhl-Herpertz** stellte die Maßnahmen zum Thema Vernässung und Brunnengalerie vor

## zu 7.2 **Quartalsbericht Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG** **Vorlage: V/2013/11510**

---

Es lag eine Informationsvorlage vor.

## zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### zu 8.1 **Anfrage von Herrn Kley zu Brückenbauwerken**

---

**Herr Kley** fragte in Bezug auf die Antwort nach dem Zustand von Brückenbauwerken in Halle. Wie geht man mit dem Forschungsbericht über die Verankerung von aufgeklebten Stahllaschen im Bereich von Biegemomenten mit wechselnden Vorzeichen um? Der Forschungsbericht behandelt vorzugsweise Sanierungsverfahren, die bei halleschen Brücken angewandt wurden und die nach diesem Bericht nicht zukunftsführend sind. Die Antwort sollte möglichst bis zum Planungsausschuss im Mai erfolgen.

### zu 8.2 **Anfrage von Herrn Feigl zum Quartalsbericht**

---

**Herr Feigl** hatte eine Frage zu dem verteilten Quartalsbericht. Zu dem Objekt 188 am Böllberger Weg/Ecke Torstraße steht die abschließende Entscheidung zu einer Variantenführung aus. Wann wird es die Information geben?

**Herr Loebner** antwortete, dass sich die Information auf das 2. Halbjahr verschiebt. Zu dem Sachstand kann im Mai berichtete werden.

### zu 8.3 **Anfrage von Herrn Sprung zur Durchfahrtsbeschränkung - Regensburgerstr.**

---

**Herr Sprung** fragte, welche Gründe es für die Durchfahrtsbeschränkung in der Regensburgerstraße gibt?

Die Verwaltung antwortet schriftlich.

### zu 8.4 **Anfrage von Herrn Felke zu Werbeträgern**

---

**Herr Felke** konkretisierte seine Anfrage aus dem letzten Ausschuss zu Werbung in der Stadt. Nach Aussage der Firma Ströer befinden sich die meisten Werbeträger auf privatem Gelände, besonders in der Dessauer Straße Endhaltestelle der Linie 1. Wer kontrolliert, ob es sich tatsächlich um privaten Raum handelt? Die Verwaltung antwortet schriftlich.

#### zu 8.5      **Anfrage von Herrn Dieringer zum Stadion-Sportdreieck**

---

**Herr Dieringer** fragte erneut nach der Antwort zu seiner Anfrage zum Thema Stadion – Sportdreieck.

**Frau Riedel** antwortete, dass die Antwort demnächst vorliegt.

#### zu 8.6      **Anfrage von Frau Capeller zum Pauluspark**

---

**Frau Capeller** fragte, warum der Punkt Pauluspark unter Mitteilungen behandelt worden ist, und nicht zur Diskussion stand.

Im Stadthaus Großer Saal auf der Empore ist seit Jahren ein provisorisches Geländer. Hier sollte eine bessere Lösung gefunden werden.

**Herr Loebner** antwortete, dass man sich im Bauantragsverfahren also im übertragenen Wirkungskreis befindet. Die Anfrage zu dem Geländer wird an den zuständigen Geschäftsbereich weiter geleitet.

#### zu 9          **Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.06.13

---

Uwe Stäglin  
Beigeordneter

---

Frank Sängler  
Ausschussvorsitzender

---

Andrea Schönberg  
Protokollführerin